



Sachstand

Libyen: aktuelle politische Situation und Hafteinrichtungen für Migranten

Libyen: aktuelle politische Situation und Hafteinrichtungen für Migranten

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 005/22
Abschluss der Arbeit: 3. Februar 2022
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Aktuelle politische Situation	4
2.1.	Vorgeschichte	5
2.2.	Aktuelle Krise	6
2.3.	Hintergrund der Krise	10
2.4.	Krise um UNSMIL	11
2.5.	Exkurs: Bewaffnete Gruppen	13
3.	Migranten und Flüchtlinge in Libyen	13
4.	Migranten in Haft	15
4.1.	Hafteinrichtungen: Anzahl, Leitung, Betreiber	16
4.2.	Zahl der Inhaftierten	19
4.3.	Haftbedingungen	20
4.4.	„Privatgefängnisse“	22
4.5.	Verbrechensökonomie von Hafteinrichtungen	23

1. Einleitung

Dieser Sachstand befasst sich mit den Haftlagern für Migranten in Libyen, d.h. deren Zahl, ihrer Funktion sowie der Situation der dort festgehaltenen Menschen. Zuvor erfolgt zwecks Einordnung eine Darstellung der aktuellen politischen Lage des Landes. Sie hat sich während der Abfassung dieses Sachstandes (Mitte Januar bis Anfang Februar 2022) krisenhaft zugespitzt. Die ursprünglich geplante knappe Beschreibung ist daher etwas länger und ausführlicher ausgefallen.

2. Aktuelle politische Situation

Libyen befindet sich derzeit (Anfang Februar 2022) in einer schweren **politischen Krise**, die mehrere Ursachen hat:

- die unbefristete **Verschiebung der** ursprünglich für Dezember 2021 angesetzten **Parlaments- und Präsidentschaftswahlen**
- die hierdurch vom derzeitigen Parlament **in Frage gestellte Legitimation der amtierenden Regierung**,
- die **Nichteinhaltung politischer Abmachungen** zwischen den Vereinten Nationen und wichtigen politischen Akteuren sowie
- den **Dissens über die künftige Verfassung** des Landes.

Die Gründe hierfür werden von Beobachtern vor allem im Kampf um Macht und Ressourcen zwischen den verschiedenen Fraktionen gesehen. Gleichzeitig befindet sich auch die **VN-Unterstützungsmission in Libyen, UNSMIL, in einer Krise**, da Russland eine Verlängerung ihres Mandats blockiert, um einen ihm genehmen Leiter der Mission durchzusetzen.

2.1. Vorgeschichte

Am **23. Oktober 2020** unterzeichneten die international anerkannte Regierung unter Fayed al-Saradsch¹ und die Bewegung der Libyschen Nationalarmee unter General Khalifa Haftar ein **Waffenstillstandsabkommen**, das die Kämpfe des seit 2014 andauernden Bürgerkrieges beendete.²

Das Abkommen ermöglichte das Zustandekommen des Libyschen Forums für politischen Dialog (**Libyan Political Dialogue Forum, LPDF**, bestehend aus 75 Frauen und Männern, die zusammen das soziale und politische Spektrum der libyschen Gesellschaft repräsentieren sollen) in enger Kooperation mit und unter Beobachtung der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für Libyen (**United Nations Support Mission Libya, UNSMIL**).³

Auf Grundlage von **Resolution 2510(2020) des VN-Sicherheitsrates** und der Übereinkünfte der ersten **Berliner Libyen-Konferenz** (Januar 2020) formulierte das LPDF die sogenannte **Roadmap „For the preparatory phase of a Comprehensive Solution“** (Für die Vorbereitungsphase einer Gesamtlösung).⁴

Ergebnis der Berliner Konferenz war eine Übereinkunft über die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, deren oberstes Ziel die Ermöglichung freier, gleicher und glaubwürdiger Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sein soll. Die Roadmap nimmt diese Übereinkunft auf und spezifiziert die grundlegende Gestaltung der staatlichen Institutionen der Übergangszeit sowie ihrer Beziehungen untereinander. Die Roadmap stellt zudem weitere Bedingungen, vor allem den Entwurf einer neuen Verfassung sowie die Verabschiedung eines Wahlgesetzes und den Abzug sämtlicher ausländischer Kämpfer aus Libyen.

Gemäß dieser Bedingungen der Berliner Konferenz und der Roadmap wählte das LPDF am 5. Februar 2021 den parteilosen Unternehmer **Abdul Hamid Dbaibah zum Ministerpräsidenten der**

¹ Schreibweise in englischen Quellen: Sarraj, in einigen deutschen Quellen as-Saradsch. Die Transkribierung der arabischen Namen folgt in den Quellen keiner verbindlichen Regel. So werden die Namen von Personen und Orten auch in Quellen derselben Sprache oft sehr unterschiedlich geschrieben. Beispielsweise findet man für den Namen des libyschen Ministerpräsidenten, arabisch عبد الحميد الدبيبة (Umschrift nach DIN-Norm 31365: 'Abd al-Ḥamīd ad-Dubaiba) in den Quellen Umschriften wie Dbaibah, Dbeibah, Dbeiba, Dbeibeh, Dabeibah, Dabaiba und Dubeibah. Der Verfasser dieser Arbeit hat entschieden, jeweils die Schreibweise zu benutzen, die in den vom ihm zu Rate gezogenen Quellen insgesamt am häufigsten benutzt wird.

² United Nations, UN salutes new Libya ceasefire agreement that points to 'a better, safer, and more peaceful future', 23. Oktober 2020, <https://news.un.org/en/story/2020/10/1076012> (zuletzt abgerufen am 18. Januar 2022). Text des Abkommens unter United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL), Agreement for a Complete and Permanent Ceasefire in Libya, 23. Oktober 2020, https://unsmil.unmissions.org/sites/default/files/ceasefire_agreement_between_libyan_parties_english.pdf (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2022).

³ United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL), Libyan Political Dialogue Forum, 2022, <https://unsmil.unmissions.org/libyan-political-dialogue-forum> (zuletzt abgerufen am 18. Januar 2022).

⁴ United Nations Mission in Libya (UNSMIL), Roadmap „For the preparatory phase of a Comprehensive Solution“, 2022, https://unsmil.unmissions.org/sites/default/files/lpdf_-_roadmap_final_eng_0.pdf (zuletzt abgerufen am 18. Januar 2022).

„**Regierung der nationalen Einheit**“ (engl.: Government of National Unity, GNU).⁵ Die Funktionen des Staatsoberhauptes von Libyen hatte schon 2015 der Präsidentschaftsrat übernommen, ein Kollektivorgan, dessen Vorsitz der frühere Diplomat Mohammed al-Menfi innehat.⁶

Die Wahlen für das Parlament wurden für den 24. Dezember 2021 angesetzt. Die aktuellen Mitglieder des Parlamentes (Abgeordnetenrat) sind im Jahre 2014 gewählt worden.

Alle Mitglieder der Einheitsregierung verpflichteten sich - nicht rechtlich verbindlich - darauf zu verzichten, bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Grundsätzlich war die Einheitsregierung von LPDF und VM primär als Übergangslösung gedacht. Die Sonderberaterin des VN-Generalsekretärs für Libyen, die amerikanische Diplomatin **Stephanie Williams** (s.u.) charakterisierte dies im Januar 2022 so: „Die von den VN befürwortete Absicht war, dass die GNU eine kleine, technokratische Regierung sein sollte, die Dienstleistungen für die Gemeinde erbringen, die Wahlen vorbereiten, die Covid-Krise bewältigen und die Stromversorgung wiederherstellen sollte.“⁷

2.2. Aktuelle Krise

Libyen befindet sich derzeit in einer schweren politischen Krise mit mehreren Dimensionen. Auslöser war die Verschiebung der Parlamentswahlen.

Die Präsidenten- und Parlamentswahlen waren für den 24. Dezember 2021 angesetzt, wurden von der Wahlkommission jedoch kurzfristig (am 23. Dezember 2021) auf unbefristete Zeit verschoben. Damit verzögert sich auch das planmäßige Ende der Übergangsregierung.⁸ Als Grund für die Absage der Wahlen wurde die Uneinigkeit über das Wahlgesetz genannt. Insbesondere sei unklar, wer überhaupt berechtigt sei, für das Präsidentenamt zu kandidieren, da es dazu widersprüchliche Aussagen aus Justiz und Politik gebe.⁹ Infolgedessen konnte die Wahlkommission bis zum geplanten Datum keine Wahllisten fertigstellen. Das vom Abgeordnetenrat verabschiedete Wahlgesetz war nicht mit den anderen Akteuren des Friedensprozesses abgestimmt worden.

⁵ Sami Zaptia, BREAKING: New unified Libyan government selected by LPDF in Geneva, The Libya Herald am 5. Februar 2021, <https://www.libyaherald.com/2021/02/05/breaking-new-libya-government-selected-by-lpdf-in-geneva/> (zuletzt abgerufen am 19. Januar 2022).

⁶ United Nations Mission in Libya (UNSMIL), Chapter on Unified Executive Authority, 2022, https://unsmil.unmissions.org/sites/default/files/lpdf_prerogatives_final_eng_0.pdf (zuletzt abgerufen am 19. Januar 2022).

⁷ Patrick Wintour, Libya elite told to end 'game of musical chairs and focus on elections', The Guardian am 30. Januar 2022, <https://www.theguardian.com/world/2022/jan/30/libya-elite-told-to-end-game-of-musical-chairs-and-focus-on-elections> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

⁸ Al Jazeera, Why Libya's election got postponed: A quick guide, 23. Dezember 2021, <https://www.aljazeera.com/news/2021/12/23/why-libya-election-got-postponed> (zuletzt abgerufen am 19. Januar 2022).

⁹ Patrick Wintour, Libyan presidential vote will not go ahead on Friday, officials confirm, The Guardian am 22. Dezember 2021, <https://www.theguardian.com/world/2021/dec/22/libyan-presidential-vote-not-going-ahead-officials-confirm> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

Die Planungen der Wahl wurden von **vier politisch brisanten Präsidentschaftskandidaturen** überschattet:

Anders als zuvor vereinbart, hatte **Ministerpräsident Dbaibah** seine Kandidatur bei den Wahlen erklärt. Dies ist ein klarer Bruch des Versprechens, das er LPDF und VN gegeben hatte. Auch **General Khalifa Haftar**, der frühere Anführer der von Russland unterstützten Ost-Allianz im Bürgerkrieg, kandidiert. Gegen ihn laufen Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofes wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen. Dasselbe gilt für **Saif al-Islam al-Gaddafi**, einen Sohn des früheren Diktators Muammar al-Gaddafi. Er hatte ebenfalls kandidiert, war aber von seiner lokalen Wahlkommission wegen der Vorwürfe disqualifiziert worden. Im Dezember 2021 wurde sein Ausschluss von einem Gericht in Sebha wieder aufgehoben, sodass Saif al-Gaddafi, der übrigens im Jahre 2015 von einem Gericht in Tripolis wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt worden war, wieder offiziell Präsidentschaftskandidat ist.¹⁰ Vor der Gerichtsentscheidung hatten mit Haftar verbündete bewaffnete Milizen versucht, das Gerichtsgebäude zu blockieren, was eine Ahnung von der politischen Sprengkraft der Kandidatur von Gaddafi jr. gibt. Außerdem hatte auch der seit 2014 amtierende Präsident des libyschen Parlaments, das kurz nach seiner Konstituierung durch die letzten Parlamentswahlen im Jahre 2014 von Tripolis nach Tobruk übersiedelte, **Aguila Saleh**, kandidiert und sein Amt deswegen seit September 2021 ruhen lassen.¹¹ Der durch die Wahlen angestrebte politische Neuanfang durch einen Abgang der alten Eliten - sowohl des Gaddafi-Regimes als auch der großen Fraktionen des Bürgerkrieges - wurde somit ad absurdum geführt.

Das Verhältnis zwischen Parlament und Einheitsregierung ist angespannt: Schon im September 2021 sprach es der Regierung das Misstrauen aus.¹² Da die Regierung zwar vom Parlament bestätigt, aber vom LPDF gewählt worden ist, hat dies keine unmittelbaren rechtlichen Konsequenzen.

Am 17. Januar 2022 erklärte Parlamentspräsident Saleh, dass das Mandat der Einheitsregierung - trotz der Verschiebung der Wahlen, deren Organisation eine ihrer Hauptaufgaben sein sollte - Ende Januar auslaufe und das Parlament in Tobruk eine neue Übergangsregierung bestimmen solle.¹³ Dies birgt enorme politische Sprengkraft, da ein solcher unilateraler Schritt des Parlamentes bedeuten würde, dass **Libyen abermals zwei Regierungen** haben könnte: eine von den VN un-

¹⁰ Libya court reinstates Gaddafi presidential bid amid election chaos, Reuters am 2. Dezember 2021, <https://www.reuters.com/world/libya-court-reinstates-gaddafi-presidential-bid-amid-election-chaos-2021-12-02/> (zuletzt abgerufen am 26. Januar 2022).

¹¹ Im Januar 2022 nahm Saleh sein Amt wieder auf.

¹² Deutsche Welle (DW), Libya: Unity government loses disputed no-confidence vote, 21. September 2021, <https://www.dw.com/en/libya-unity-government-loses-disputed-no-confidence-vote/a-59251580> (zuletzt abgerufen am 20. Januar 2022).

¹³ Libyan eastern parliament speaker calls for new government, Reuters am 17. Januar 2022, <https://www.reuters.com/world/middle-east/libyan-parliament-speaker-calls-new-government-2022-01-17/> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

terstützte und vom LPDF gewählte, die derzeit immerhin die beiden großen früheren Bürgerkriegsparteien vereint, sowie eine von einem zuletzt vor sieben bzw. zehn Jahren gewählten Parlament. Dies **erhöht das Risiko für ein erneutes Aufflammen der Kämpfe** deutlich.

Ein weiteres zentrales politisches Problem von Libyen ist die Uneinigkeit über die zukünftige Verfassung des Landes. Im Jahre 2017 hatte das Parlament den von der Versammlung für einen Verfassungsentwurf (Constitutional Draft Assembly, CDA) vorgelegten Entwurf angenommen, dabei aber ignoriert, dass die CDA-Delegierten des Stammes der Tebu¹⁴ diesen abgelehnt hatten.¹⁵ Aus diesem Grund weigerte sich die Einheitsregierung, das für die Annahme der Verfassung notwendige Referendum zu organisieren. Der Entwurf sieht u.a. ein starkes Präsidialsystem vor.¹⁶ Nicht nur die ethnischen Minderheiten, auch zahlreiche andere Interessengruppen Libyens üben weiterhin Kritik am Verfassungsentwurf.¹⁷ **Damit gilt in Libyen weiterhin nur eine Übergangsverfassung**, die 2011 vom Nationalen Übergangsrat, der de-facto-Regierung während des Bürgerkrieges, verabschiedet worden war. Dies bedeutet auch, dass die zukünftigen Kompetenzen des Präsidenten, eines für Libyen neuen Amtes, immer noch unklar sind.

¹⁴ Die Tebu (auch Tubu oder Toubou geschrieben) sind eine traditionell nomadisch lebende ethnische Minderheit im Süden Libyens. Aufgrund der Arabisierungspolitik Gaddafis verloren viele Tebu nicht nur ihre Ländereien, sondern auch die libysche Staatsbürgerschaft und waren jahrelangen teils starken staatlichen Repressionen ausgesetzt. Aus diesem Grund schlossen sich viele Tebu schon früh dem Aufstand gegen Gaddafi an. Siehe World Directory of Minority and Indigenous Peoples - Libya: Tebu, UNHCR - Refworld im Juli 2018, <https://www.refworld.org/docid/5b9fb6ae7.html> (zuletzt abgerufen am 18. Januar 2022).

¹⁵ Vor den Tebu hatten zeitweilig auch die Tuareg die CDA boykottiert. Tebu, Tuareg und Berber (Amazigh) sind die drei großen (nichtarabischen) ethnischen Minderheiten Libyens. Siehe United Nations Human Rights Council, Stakeholder report: United Nations Human Rights Council - Universal Periodic Review – Libya. Minority Rights Submission - Submitted by The Libyan Association for Tebu Culture (LATC), https://www.upr-info.org/sites/default/files/document/libya/session_36_-_may_2020/libyan_association_for_tebu_culture_-_submission_upr_libya.pdf (zuletzt abgerufen am 19. Januar 2022).

¹⁶ Der Verfassungsentwurf in englischer Sprache: Draft Libyan Consttution (Non-Official Translation by UNSMIL), April 2016, https://constitutionnet.org/sites/default/files/draft_constitution_of_libya_april_2016_unofficial_english_traslation.pdf (zuletzt abgerufen am 19. Januar 2022). Für eine Analyse des Verfassungsentwurfs siehe Zaid al-Ali, Libya's final draft constitution: a contextual analysis (version 2), Dezember 2020, <https://constitution-net.org/sites/default/files/2020-12/Libya%20analysis%20-%20Zaid%20Al-Ali%20%28December%202020%29%20%28English%29.pdf> (zuletzt abgerufen am 17. Januar 2022). Siehe auch Ronald Bruce St. John, Libya's Draft Constitution: Compromise or Compromised?, Atlantic Council am 3. März 2016, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/libya-s-draft-constitution-compromise-or-compromised/> (zuletzt abgerufen am 19. Januar 2022).

¹⁷ Eine detaillierte Darstellung der festgefahrenen Lage um eine neue Verfassung sprengt den Rahmen dieser Arbeit. Dem interessierten Leser empfohlen sei die Analyse von Nedra Cherif, Libya's Constitutional Quagmire, Libya Brief No. 10, Konrad-Adenauer-Stiftung im Juni 2021, <https://www.kas.de/documents/282499/282548/Libya+Brief+10th+Edition.pdf/c070796b-8a61-e1b3-275f-78ddaa16d967?version=1.0&t=1622532740540> (zuletzt abgerufen am 19. Januar 2022).

Zeitgleich mit der Forderung nach einer neuen Regierung verkündete Aguila Saleh die Absicht, die **CDA aufzulösen und durch ein neues Gremium aus 30 Personen zu ersetzen**.¹⁸ Dieses Gremium solle einen neuen Verfassungsentwurf vorlegen (bzw. den vorliegenden überarbeiten), über den es 2022 eine Volksabstimmung geben könne. Auf Grundlage der dann (vielleicht) geltenden Verfassung sollten Ende 2022 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten werden.

Beide Forderungen Salehs würden einer Abkehr von der Roadmap und dem in schwierigen Verhandlungen vereinbarten Weg zu einem politischen Neuanfang gleichkommen. Dies könnte den Friedensprozess zunichtemachen. Insbesondere die Tatsache, dass Saleh offenkundig nicht die verschobenen Wahlen als Hauptproblem betrachtet, wirft die Frage auf, welche demokratische Legitimation die von ihm geforderten Schritte hätten. VN-Sonderberaterin Stephanie Williams äußerte sich in einem Interview mit der britischen Zeitung Guardian recht undiplomatisch zu Salehs Plänen:¹⁹

„Ich will, dass das Abgeordnetenhaus²⁰ so schnell wie möglich einen glaubwürdigen politischen Prozess anstößt, der die Frage von fast drei Millionen Libyern beantwortet, die lautet: Was wurde aus unseren Wahlen? Es ist dem Abgeordnetenhaus durchaus möglich, die Wahlen wieder auf Spur zu bringen und es ist möglich, bis Juni Wahlen stattfinden zu lassen. Stattdessen widmen sie [die Abgeordneten] ihre Aufmerksamkeit einem Reise-nach-Jerusalem-Spiel und der Bildung einer neuen Regierung, um die GNU zu ersetzen. Bevor man über eine neue Regierung mit unklarem Auftrag diskutiert, sollte das Abgeordnetenhaus einen Wahltermin bestimmen. Es gibt einen Durst nach Wahlen - fast 2,5 Millionen haben ihre Wahlkarten abgeholt und allein in der Stadt Bengasi haben 800 Menschen ihre Kandidatur für das Parlament erklärt. Es gibt eine neue Generation von Libyern, die ihre politischen Rechte ausüben wollen. Wahlen können Teil eines breiten Prozesses der nationalen Versöhnung sein, insbesondere in Ländern, in denen es lange Zeit

¹⁸ Sami Zaptia, Saleh proposes alternative 30-member constitutional drafting committee to resolve constitutional deadlock - report and analysis, The Libya Herald am 18. Januar 2022, <https://www.libyaherald.com/2022/01/18/saleh-proposes-alternative-30-member-constitutional-drafting-committee-to-resolve-constitutional-deadlock-report-and-analysis> (zuletzt abgerufen am 19. Januar 2022). Das Gremium soll nach Salehs Vorstellung aus 30 „Intellektuellen, Autoren, Denkern und Verfassungsrechtsexperten, die die drei historischen Regionen Libyens repräsentieren“ bestehen.

¹⁹ Im engl. Original: „I want the HoR as quickly as possible to set out a credible political process that answers the question that almost 3 million Libyans have asked, which is: what has become of our elections? It is entirely possible for the HoR to put elections back on track, and for an electoral event to happen by June. Instead they have turned their attention to the musical chairs game, and the formation of a new government to replace the GNU. Before discussing a new government whose mandate would be unknown, the HoR should set an election date. There is a thirst for elections – nearly 2.5 million collected their voting cards and in the city of Benghazi alone 800 people came forward to stand in the parliament. There is another new generation of Libyans that want to exercise their political rights. Elections can be part of a broader process of national reconciliation, particularly in countries where there has been no elections for a long time and there is an entrenched political elite who have had their noses in the trough for a long time.“ Patrick Wintour (Anm.7). Übersetzung durch den Verfasser dieser Arbeit.

²⁰ Im Englischen wird das Parlament, das im Deutschen Abgeordnetenrat genannt wird, als House of Representatives (HoR), also einfach Abgeordnetenhaus, genannt. Der Verständlichkeit halber wurde diese Begrifflichkeit in der Übersetzung beibehalten.

keine Wahlen mehr gegeben hat und in denen es eine fest verschanzte politische Elite gibt, die ihr Maul zu lange im Futtertrog hatte.“

2.3. Hintergrund der Krise²¹

Libyen ist weiterhin politisch fragmentiert und labil. Es existieren in erster Linie zwei große Machtblöcke, die aus der international anerkannten Regierung sowie der von Russland und den Golfemiraten unterstützten Allianz von Khalifa Haftar hervorgegangen sind bzw. diese beiden großen Bürgerkriegsparteien repräsentieren. Daneben gibt es noch die drei großen ethnischen Minderheiten (Berber, Tuareg und Tebu), die aus historischen Gründen Mißtrauen gegenüber der arabisierten Mehrheitsgesellschaft bzw. deren politischen Vertretern hegen und jede Art der politischen und personellen Kontinuität mit dem früheren Gaddafi-Regime ablehnen. Die Roadmap versucht dies durch die **dreiteilige Struktur der wichtigsten Institutionen der Übergangszeit**, d.h. durch eine Repräsentation der drei historischen Gebiete Libyens (Osten, Westen, Süden, was grob den Interessensgruppen des Bürgerkrieges - anerkannte Regierung, Haftars Allianz, Minderheiten - entspricht), auszugleichen. Generell ist die Frage nach dem Militär ungelöst: es gibt keinen Verteidigungsminister. Dbaibah hatte auf eine Nominierung eines solchen verzichtet, da es (und zwar bis heute) keinen Kandidaten gibt, der sowohl von Khalifa Haftar als auch dessen Gegnern akzeptiert wird.

Der Begriff „Machtblock“ gibt hier jedoch nur ungenügend die Realitäten wieder, da es sich nicht um homogene Strukturen handelt, sondern um Netzwerke unterschiedlicher Gruppierungen, die im Bürgerkrieg zwar oft ein gemeinsames Ziel teilen, mittlerweile aber um Einfluss und Ressourcen konkurrieren. Die Einheitsregierung ermöglicht es bis dato, diese Konkurrenz um Ressourcen (also staatliche Gelder) auf politischem anstatt militärischem Wege auszutragen und die Eliten beider Seiten zu versorgen.

Ein politischer Neuanfang könnte diese Eliten jedoch um ihre Pfründe bringen. Die **Konkurrenz um die staatlichen Ressourcen** macht Stephanie Williams kaum verhohlen als **Grund für die aktuelle politische Krise** aus: „Meine Befürchtung ist, dass einige Leute nun eine lange Verschiebung [der Wahlen] herbeimanövrieren könnten. Das Abgeordnetenhaus lebt von einem Mandat, dass ihm vor mehr als 3.700 Tagen erteilt wurde. Es ist sieben Jahre und sieben Monate her, dass

²¹ Alle Informationen dieses Abschnittes, sofern nicht durch Fußnote anderweitig vermerkt, aus: Wolfram Lacher, Grenzen der Einigung in Libyen, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), April 2021, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2021A34_libyen_einheitsregierung.pdf (zuletzt abgerufen am 20. Januar 2022).

Libyen auf nationaler Ebene an die Wahlen schritt. Die andere Kammer²² wurde vor zehn Jahren gewählt. Beider Verfallsdatum ist seit langem überschritten. **Letztlich ist dies ein Kampf um Vermögenswerte, Macht und Geld. Das sind ziemlich gute Motive, sich festzukrallen.**²³

2.4. Krise um UNSMIL

Die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (United Nations Support Mission in Libya, **UNSMIL**) basiert auf Resolution 2009 des VN-Sicherheitsrates von 2011.²⁴ Es ist eine politische Mission, deren Aufgabe die Unterstützung libyscher Institutionen bei der Wiederherstellung, dem Schutz und der Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechtsschutz, einer politischen Ordnung und der wirtschaftlichen Erholung des Landes ist. Geführt wird die Mission von einem Sonderbotschafter der VN, den der Sicherheitsrat bestimmt.

Das **Mandat der Mission muss regelmäßig vom Sicherheitsrat erneuert werden** und bedarf daher des Konsenses seiner ständigen Mitglieder. Frist für die nächste Verlängerung des Mandats war der 31. Januar 2022.

Russland verweigerte jedoch kurzfristig und ohne Vorankündigung am 27. Januar 2022 **seine Zustimmung** zu dem von Großbritannien eingebrachten Vorschlag, das Mandat bis zum 15. September 2022 zu verlängern.²⁵ Russland fordert die sofortige Nachbesetzung des Sonderbotschafterpostens an der Spitze der UNSMIL, der seit dem Rücktritt des Slowaken Ján Kubiš im November 2021 vakant ist.

Kubiš war abgetreten, nachdem es zwischen ihm und VN-Generalsekretär António Guterres zu Unstimmigkeiten über die Wahlen in Libyen gekommen sein soll.²⁶ Er hatte öffentlich das um-

²² Williams bezieht sich auf den 2012 gewählten Allgemeinen Nationalkongress, das erste nach dem Sturz gewählte Parlament Libyens. Es wurde durch den Abgeordnetenrat ersetzt, der aber von einigen seiner Mitglieder nicht anerkannt wurde. Unter dem Namen Neuer Allgemeiner Nationalkongress existiert das international nicht anerkannte Gremium immer noch und betrachtet sich selbst als legitime Volksvertretung.

²³ Im engl. Original: „My fear is that some people may now manoeuvre for a prolonged period of delay. The HoR exists off a mandate that it was given in elections 3,700 days ago. It has been seven years, seven months since Libya went to the national polls. The other chamber, the High State Council, was elected 10 years ago. Their shelf life has long expired. This is ultimately a struggle over assets, power and money. That is quite a motive to hang on.“ Patrick Wintour (Anm. 7). Übersetzung und Hervorhebung durch den Verfasser dieser Arbeit.

²⁴ United Nations Security Council, Resolution 2009 (2011), 16. September 2011, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N11/502/44/PDF/N1150244.pdf?OpenElement> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

²⁵ Russia demands for new UN envoy to Libya, in conflict with US, The Arab Weekly am 28. Januar 2022, <https://theArabweekly.com/russia-demands-new-un-envoy-libya-conflict-us> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

²⁶ Alle Informationen dieses Absatzes: Colum Lynch, Jack Detsch und Robbie Gramer, U.N. Libya Envoy Abruptly Resigns Ahead of Critical Elections, Foreign Policy am 23. November 2021, <https://foreignpolicy.com/2021/11/23/libya-un-envoy-resigns-elections/> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

strittene vom Abgeordnetenrat verabschiedete Wahlgesetz unterstützt, ohne zuvor die Zustimmung der anderen Machtblöcke Libyens einzuholen. Wegen dieser Unterstützung wurde ihm eine Gefährdung der geplanten Wahlen vorgeworfen - wie die Ereignisse seither zeigen, möglicherweise zu Recht.

Seit Kubiš' Rücktritt ist die Amerikanerin **Stephanie Williams** die wichtigste VN-Diplomatin mit Zuständigkeit für Libyen und ersetzt als Sonderberaterin des Generalsekretärs de facto den fehlenden Sonderbotschafter.

Williams diente der UNSMIL von 2018 bis 2021 und war zwischenzeitlich stellvertretende Sonderbotschafterin (2018-2020) sowie geschäftsführende (2020-2021) politische Sonderbotschafterin und geschäftsführende Leiterin der UNSMIL, bevor sie in den Ruhestand ging.²⁷ Dieser währte nicht lange: Nachdem Russland den Vorschlag von Guterres für Kubiš' Nachfolge, den Briten Nicholas Kay, abgelehnt hatte, konnte Guterres Williams davon überzeugen, seine Sonderberaterin für Libyen zu werden.²⁸ Als solche ist sie nicht formell Teil von UNSMIL, weshalb der Generalsekretär für ihre Ernennung keine Zustimmung des Sicherheitsrates benötigte und die Blockade Russlands umgehen konnte. Williams spielte eine Schlüsselrolle beim Zustandekommen des Waffenstillstandes und des LPDF, wird aber von Russland abgelehnt, weil Moskau argwöhnt, dass sie die Interessen der USA und ihrer Verbündeten vertrete.²⁹

Beobachter deuten Russlands Veto als den Versuch, seine eigene Position in Libyen zu stärken oder zumindest die Position westlicher Staaten zu schwächen.³⁰ Während des Bürgerkrieges war Russland das einzige Sicherheitsratsmitglied, das die Ost-Allianz von General Haftar in seinem Kampf gegen die international anerkannte Regierung Libyens unterstützte.

Am Abend des 31. Januar 2022, also dem Datum, an dem das Mandat der UNSMIL ausgelaufen wäre, einigte sich der Weltsicherheitsrat auf eine von Großbritannien vorgelegte Minimallösung: **das Mandat wurde vorerst um drei Monate verlängert.**³¹ Stephanie Williams blieb vorerst die faktische Leiterin der Mission.

²⁷ United Nations Secretary-General, Ms. Stephanie Williams of the United States - Special Adviser on Libya, 6. Dezember 2021, <https://www.un.org/sg/en/node/261002> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

²⁸ Stephanie Williams appointed UN special adviser on Libya amid international disagreement over UN role, Mada Masr am 6. Dezember 2021, <https://www.madamasr.com/en/2021/12/06/feature/politics/stephanie-williams-appointed-un-special-advisor-on-libya-amid-international-disagreement-over-un-role/> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

²⁹ Álvaro Escalonilla, Tensions between Russia and the West shift to the Libyan chessboard, Atalayar am 28. Januar 2022, <https://atalayar.com/en/content/tensions-between-russia-and-west-shift-libyan-chessboard> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

³⁰ Álvaro Escalonilla (Anm. 29) und Arab Weekly (Anm. 25).

³¹ United Nations, Security Council Extends Mandate of United Nations Support Mission in Libya for Three Months, Unanimously Adopting Resolution 2619 (2022), 31. Januar 2022, <https://www.un.org/press/en/2022/sc14784.doc.htm> (zuletzt abgerufen am 1. Februar 2022).

2.5. Exkurs: Bewaffnete Gruppen

In der Roadmap wird zwar gefordert, die unterschiedlichen **bewaffneten Gruppen** im Lande ins Zivilleben oder aber in entsprechende staatliche Institutionen (Armee und Polizei) zu integrieren. Zum Teil ist dies geschehen, jedoch um den Preis der **Straflosigkeit mutmaßlicher Kriegsverbrecher**, die nicht nur nicht juristisch belangt werden, sondern zum Teil nun für die Durchsetzung von Gesetzen bzw. den Aufbau und den Schutz staatlicher Strukturen zuständig sind.³²

So wird z.B. die direkt dem Präsidialrat unterstellte „Behörde für die Unterstützung der Stabilität“ von Abdul Ghani al-Kikli geführt. Unter seinem Kampfnamen Gheniwa hatte Kikli im Bürgerkrieg eine der mächtigsten Milizen von Tripolis geführt, die nach übereinstimmenden Erkenntnissen von VN und Amnesty International für zahlreiche Verbrechen wie Folter, Entführungen und Ermordungen verantwortlich ist. Dabei könnten Straflosigkeit und weitgehende Autonomie, die viele der „re-integrierten“ bewaffneten Gruppen in ihrer neuen Rolle genießen, auch Teil eines politischen Kalküls sein: **Straflosigkeit und der Zugang zu Ressourcen in Gegenzug für Loyalität gegenüber bestimmten Personen bzw. Amtsinhabern.**³³

Dies gilt es bei den folgenden Ausführungen zu den Hafteinrichtungen für Migranten zu beachten, denn die meisten von ihnen werden entweder offiziell von „re-integrierten“ bewaffneten Gruppen oder inoffiziell von anderen bewaffneten Gruppen bzw. ehemaligen Bürgerkriegsmilizen betrieben.

Es ist davon auszugehen, dass es neben den libyschen bewaffneten Gruppen im Land immer noch zahlreiche **ausländische Söldner** gibt, die u.a. von Russland („Wagner-Miliz“) und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Unterstützung von Khalifa Haftar sowie von der Türkei zur Unterstützung der während des Bürgerkrieges international anerkannten „Regierung der nationalen Übereinkunft“ ins Land geschickt worden waren.³⁴

3. Migranten und Flüchtlinge in Libyen

Vor dem Sturz Gaddafis war Libyen vor allem Zielland von Migranten, die in der Erdölindustrie Arbeit fanden. Inzwischen ist es primär ein Transitland. Pro Jahr verlässt aber nur ein relativ

³² Alle Informationen dieses Absatzes: Amnesty International, Libya: Ten years after uprising abusive militias evade justice and instead reap rewards, 17. Februar 2021, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/02/libya-ten-years-after-uprising-abusive-militias-evade-justice-and-instead-reap-rewards/> (zuletzt abgerufen am 24. Januar 2022).

³³ Siehe dazu den Abschnitt „Armed Groups“ in: Emadeddin Badi, Muhasasa, militias and meddling foreign actors, Global Initiative against Transnational Organized Crime am 26. März 2021, <https://globalinitiative.net/analysis/libya-new-government/> (zuletzt abgerufen am 24. Januar 2022).

³⁴ Omer Karasapan, Libya's migrants and crimes against humanity, Brookings Institute, 2. November 2021, <https://www.brookings.edu/blog/future-development/2021/11/02/libyas-migrants-and-crimes-against-humanity/> (zuletzt abgerufen am 25. Januar 2022).

kleiner Teil der Migranten Libyen wieder (sowohl offiziell bzw. regulär durch Resettlement³⁵ oder Abschiebung als auch irregulär durch den Versuch, mit dem Boot nach Europa überzusetzen).

Laut Angaben des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, **OCHA**) unter Berufung auf Erhebungen der Internationalen Organisation für Migration (International Organisation for Migration, **IOM**, ebenfalls Behörde der VN) betrug die Zahl der *von ihr gezählten Migranten und Flüchtlinge in Libyen* im September 2021 **insgesamt 597.611 Menschen**, von denen (Stand Januar 2022) **42.432 offiziell als Flüchtlinge und Asylsuchende** registriert waren.³⁶

Es wird allseits davon ausgegangen, dass die tatsächlichen Zahlen höher sind. Die IOM und der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, **UNHCR**) schätzten noch 2019 die Zahl der Migranten und Flüchtlinge in Libyen auf ca. 800.000 Menschen.³⁷ Übereinstimmend besagen die verfügbaren Quellen, dass die Covid-19-Pandemie die Zahl der Migranten in Libyen verringert hat - weil weniger ins Land gekommen sind, einige in ihre Heimatländer zurückkehrten oder ihnen die Weiterreise nach Europa gelang.

Kernproblem der Erfassung ist laut OCHA der **mangelnde Zugang internationaler Organisationen zu Migranten und Flüchtlingen**.³⁸ Viele Migranten verstecken sich bzw. versuchen, in der Öffentlichkeit nicht aufzufallen, sind also auch nicht bei staatlichen libyschen Stellen registriert.

Fast zwei Drittel der *Migranten*³⁹ in Libyen kommen aus den vier Nachbarländern **Sudan, Niger, Tschad und Ägypten**. Von den übrigen kommt eine relativ große Zahl aus Nigeria, ungefähr 25 Prozent stammen aus anderen subsaharischen Staaten.⁴⁰

³⁵ „Resettlement (wörtl.: Umsiedlung) ist der Transfer von Flüchtlingen von einem Asylland in ein Drittland, das sich zu dauerhafter Aufnahme bereit erklärt hat. Das UNHCR ist mandatiert, Resettlements durchzuführen.“ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Global Compact on Migration, WD 2 - 3000 - 052/18, 19. April 2018, <https://www.bundestag.de/resource/blob/557692/8d3c42d79eba902c13660271ba0a32f4/WD-2-052-18-pdf-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 25. Januar 2022).

³⁶ OCHA, Libya: Humanitarian Snapshot Access - Migrants and Refugees, 13. September 2021, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/humanitarian_access_snapshot_-_migrants_and_refugees_-_sept_2021.pdf (zuletzt abgerufen am 24. Januar 2022) und UNHCR, Refugee Situation: Libya, Januar 2022, <https://data2.unhcr.org/en/country/lby> (zuletzt abgerufen am 25. Januar 2022).

³⁷ UNHCR, UNHCR and IOM joint statement: International approach to refugees and migrants in Libya must change, 11. Juli 2019, <https://www.unhcr.org/news/press/2019/7/5d2765d04/unhcr-iom-joint-statement-international-approach-refugees-migrants-libya.html> (zuletzt abgerufen am 24. Januar 2022).

³⁸ OCHA (Anm. 36).

³⁹ Hierbei ist zu beachten, dass zwar alle internationalen Flüchtlinge auch Migranten sind, aber nicht zwingend alle Migranten auch Flüchtlinge im Sinne der VN-Flüchtlingskonvention. Andererseits können Migranten unter Umständen realiter Flüchtlinge im Sinne der Konvention sein, aber nicht formaliter.

⁴⁰ „Die echten Probleme liegen an Land“, Interview mit dem Missionschef der IOM in Tripolis, Federico Soda, Süddeutsche Zeitung am 26. August 2021.

Von den vom UNHCR registrierten *Flüchtlingen* kommen ca. 40 Prozent aus dem Sudan, 33 Prozent aus Syrien, 10 Prozent aus Eritrea und ca. 5 Prozent aus den Palästinensischen Gebieten.⁴¹

Die meisten der Menschen aus afrikanischen Staaten südlich der Sahara erreichen Libyen, indem sie Schleuser bezahlen, die sie dann - zumeist durch Niger - durch die Wüste transportieren.⁴² Auf diesem Abschnitt der Reise verschwinden, sterben oder stranden viele Migranten. Die meisten, die die Siedlungszentren Libyens an der Küste erreichen, hoffen, irgendwann mit einem Boot von Libyen über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. In Libyen selbst verdienen sie zwischenzeitlich oft mit Schwarzarbeit als Tagelöhner oder Hausangestellte ihr Geld. Die Migranten und Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika sind - nach Aussagen von Beobachtern vor allem aufgrund von Rassismus - unter allen Migranten und Flüchtlingen die vulnerabelste Gruppe.⁴³ Der Grad ihrer Verletzlichkeit wird nur noch übertroffen von dem unbegleiteter Minderjähriger, von denen es in Libyen laut OCHA ca. 1.000 gibt.⁴⁴

4. Migranten in Haft

In Libyen sind Einreise und Aufenthalt ohne Visum sowie die irreguläre Ausreise illegal.⁴⁵ In der Praxis wird dabei keine Unterscheidung zwischen Migranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden getroffen; es gibt auch kein kohärentes nationales Asylrecht. Die Inhaftierung geschieht ohne klare Rechtsgrundlage, es gibt kein Gerichtsverfahren.⁴⁶ Rechtsbeistand oder Aufklärung über ihre Rechte werden den Inhaftierten nach übereinstimmenden Aussagen aller Quellen nicht gewährt. Auch gibt es kein System der Registrierung der Häftlinge. **In der Praxis ist die Inhaftierung willkürlich und verstößt damit grundsätzlich gegen international geltendes Menschenrecht**, insbesondere im Fall von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Obwohl die Vereinten Nationen dies schon seit Jahren anprangern, hat sich faktisch nichts geändert.

Im Einklang mit dem mit der Europäischen Union (EU) getroffenen Abkommen verhindern Polizei und Küstenwache Libyens die Weiterreise von Migranten und Flüchtlingen Richtung Europa. Nachdem ein Schiff von der Küstenwache aufgebracht und zur Umkehr an Land gezwungen wurde, werden die Passagiere in Hafteinrichtungen gebracht. Unter Umständen können sie gleich

⁴¹ OCHA (Anm. 36).

⁴² Mamadou Giota Ipad, The Borders of Shame for the Migrants Community, Friedrich-Ebert-Stiftung, 13. Januar 2021, <https://www.fes.de/en/displacement-migration-integration/article-page-flight-migration-integration/the-borders-of-shame-for-the-migrants-community> (zuletzt abgerufen am 25. Januar 2022).

⁴³ Omer Karasapan (Anm. 34).

⁴⁴ OCHA (Anm. 36).

⁴⁵ Alle Informationen dieses Absatzes: United Nations Support Mission in Libya and the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, „Detained and Dehumanised“ - Report on Human Rights Abuses against Migrants in Libya, 13. Dezember 2016, S. 11-16, https://www.ohchr.org/Documents/Countries/LY/DetainedAndDehumanised_en.pdf (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

⁴⁶ Für eine detaillierte Analyse der einschlägigen nationalen Rechtslage bzw. deren Fehlen siehe Global Detention Project, Immigration Detention in Libya, 2. Laws, Policies, Practices, August 2018, <https://www.globaldetentionproject.org/countries/africa/libya#country-report> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

nach der Rückkehr an Land kurz von internationalen Organisationen wie der IOM versorgt werden. Spätestens danach verliert sich ihre Spur, da Libyen eben kein funktionierendes System zur Registrierung hat. Es kann daher nicht sicher gesagt werden, ob die Menschen tatsächlich in offizielle Hafteinrichtungen (*detention centres*) gebracht werden, zumal es auch eine Vielzahl von inoffiziellen Hafteinrichtungen gibt.

Laut OCHA und IOM befanden sich im **Juli 2021** in Libyen **3.860 Migranten in Hafteinrichtungen**, aber bereits **im August** sprach der Leiter der IOM-Mission in Libyen von **8.000 Menschen**.⁴⁷ Im Oktober 2021 kamen unter Umständen **noch einmal etwa 5.000 Menschen** hinzu (s.u., Abschnitt 4.1).

4.1. Hafteinrichtungen: Anzahl, Leitung, Betreiber

Über die Anzahl offizieller Hafteinrichtungen gibt es keine genauen Angaben. Sie schwankt schon deshalb, weil offizielle, formell von der Behörde für den Kampf gegen illegale Migration (Department for Combatting Illegal Migration, **DCIM**) betriebene Hafteinrichtungen, ohne ersichtlichen Grund zu inoffiziellen, von Milizen bzw. bewaffneten Gruppen betriebenen Hafteinrichtungen werden können und umgekehrt.⁴⁸ Neben dem Fehlen eines Registrierungssystems ist dies ein weiterer Grund dafür, dass **auch über die Zahl der in Haft genommenen Migranten keine belastbare Aussage** getroffen werden kann, zumal die Gefangenen manchmal zwischen den Einrichtungen verlegt werden und somit von einem offiziellen *detention centre* in ein inoffizielles geraten können. Bereits 2017 konstatierte Amnesty International, dass Angaben zur Zahl staatlicher Hafteinrichtungen für Migranten zwischen 17 und 33 schwankten.⁴⁹

Auch 2022 bewegen sich die Angaben in dieser Größenordnung. Die NGO Global Detention Project verzeichnet **17 Einrichtungen, die 2021 definitiv noch in Betrieb waren**, weil es in diesem Jahr Externen möglich war, sie mindestens ein Mal zu besuchen.⁵⁰ Es ist jedoch nicht klar, ob 18 weitere Anstalten, die zuletzt 2020, 2019 oder 2018 gesichert in Betrieb waren, immer noch genutzt werden. Die NGO verzeichnet sie mangels gegenteiliger Hinweise als immer noch aktiv. Insgesamt könnte es somit also tatsächlich 35 offizielle Hafteinrichtungen geben. Bei 29 weiteren Anstalten gibt das Global Detention Project an, dass sie zwischen 2015 und 2019 geschlossen wurden oder dort keine Migranten mehr inhaftiert werden; aber dabei ist wiederum nicht sicher, ob die Schließung wirklich von Dauer ist. Auch die deutsche Bundesregierung gab im Juli 2021

⁴⁷ OCHA und UNHCR (Anm. 35) sowie SZ (Anm. 40).

⁴⁸ Paolo Cuttitta, Libya's Figures About Detained Migrants and Detention Centres: Reasons for Recent Fluctuations, University of Oxford - Faculty of Law, 3. März 2021, <https://www.law.ox.ac.uk/research-subject-groups/centre-criminology/centreborder-criminologies/blog/2021/03/libyas-figures> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

⁴⁹ Amnesty International, Libya's dark web of collusion: abuses of Europe-bound refugees and migrants, S. 27, 2017, <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/MDE1975612017ENGLISH.pdf> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

⁵⁰ Global Detention Project, Detention Centres - Libya, 2022, <https://www.globaldetentionproject.org/detention-centres/list-view> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

an, dass ihr keine gesicherten Informationen zur Zahl der *detention centres* in Libyen vorlägen.⁵¹ Die libysche Regierung scheint keine genauen Angaben zu machen.⁵²

Bei den definitiv existierenden und bekannten Einrichtungen erschweren die Betreiber der Haftenrichtungen oft den Zugang internationaler Organisationen oder verweigern ihn ganz. Bei diesen Betreibern handelt es sich um unterschiedliche Organisationen, die zwar formell alle der 2012 gegründeten DCIM unterstehen, oft aber faktisch autonom agieren und bei denen es sich um „re-integrierte“ bewaffnete Gruppen aus Bürgerkriegszeiten handelt. Dabei sind die Grenzen oft fließend und selbst bei Einrichtungen, zu denen ein relativ leichter Zugang für Organisationen wie die IOM besteht, ist oft nicht klar, inwieweit die Akteure (Gefängnisleitung, Wärter usw.) die DCIM vertreten oder primär Angehörige einer Miliz sind.⁵³ Die unterschiedlichen Gruppen stellen für den Zugang von VN und humanitären Organisationen jeweils unterschiedliche Bedingungen, wenn sie ihn überhaupt gestatten.⁵⁴

Die Einrichtungen selbst sind Anlagen, die oft vor der formellen Übernahme durch die DCIM von bewaffneten Gruppen betrieben worden waren und in denen Migranten und Flüchtlinge auch damals festgehalten wurden.⁵⁵ Zum Teil waren die Milizen als Schleuser aktiv und die Festgehaltenen wurden - zumeist, nachdem sie durch Zwangsarbeit oder Erpressung die von den Schleusern verlangten Gelder gezahlt hatten - auf den Weg nach Europa gebracht. Andere dieser inoffiziellen Gefängnisse bezeichnete Amnesty International als *Disappearance Sites*, also Orte, an denen die Migranten „zum Verschwinden gebracht“ wurden, in dem sie ohne jede Kommunikation zur Außenwelt, ohne Gerichtsverfahren, rechtlichen Beistand oder Kontakt zu internationalen Organisationen festgehalten wurden. Es gibt starke Hinweise darauf, dass sich die Situation im Wesentlichen nicht geändert hat und die betreffenden *detention centres* weiterhin in erster Linie den kriminellen Aktivitäten bewaffneter Gruppen dienen.

⁵¹ Deutscher Bundestag, Drs.-Nr. 19/31828, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Michael Brand, Gökay Akbulut, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 19/31246, Antwort auf Teilanfragen 9 und 11, S.5, 30. Juli 2021.

⁵² „Libya does not appear to have an official catalogue of places of immigration detention.“ Global Detention Project, Immigration Detention in Libya: 3. Detention Infrastructure, 2022, <https://www.globaldetentionproject.org/countries/africa/libya#country-report> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

⁵³ Amnesty International, „No one will look for you“ - Forcibly returned from sea to abusive detention in Libya, Kapitel 4.1, Former disappearance sites rebranded as DCIM Centres, S. 17 - 19, 2021, <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2021-07/Amnesty-Bericht-Libyen-Europa-Haftzentren-Pushbacks-Migration-Asyl-Juli-2021.pdf> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

⁵⁴ OCHA (Anm. 36).

⁵⁵ Alle Angaben dieses Absatzes: Amnesty International (Anm. 52).

Gegenwärtig scheint mindestens eine offiziell der DCIM unterstehende Haftanstalt - Zawiya westlich von Tripolis - ganz offiziell von der al-Nasr-Miliz betrieben zu werden.⁵⁶ Diese kontrollierte während des Bürgerkrieges die Ölraffinerien in Zawiya, war zumindest damals eng mit der lokalen Küstenwache verflochten und soll tausende von Migranten zur Arbeit in den Raffinerien gezwungen haben.⁵⁷

Im November 2021 wurde **Osama al-Kuni Ibrahim, der Kommandant des Zawiya-Gefängnisses** (das oft auch einfach al-Nasr genannt wird), **von den Vereinigten Staaten auf eine Sanktionsliste gesetzt** und alle seine Vermögenswerte in den USA eingefroren.⁵⁸ Dies geschah in Einklang mit dem vom damaligen Präsidenten Barack Obama erlassenen Präsidialdekret 13726, „Blocking Property And Suspending Entry Into The United States Of Persons Contributing To The Situation In Libya“⁵⁹ und nachdem bereits die VN al-Kuni auf eine Sanktionsliste gesetzt hatten. **Die Vereinten Nationen werfen al-Kuni schwerste Menschenrechtsverletzungen gegen Migranten vor, darunter Menschenhandel, Folter und sexuelle Gewalt.**⁶⁰ Selbst die schwache libysche Justiz verurteilte drei frühere Gefängniswärter wegen der Folter von Migranten in Zawiya zu Haftstrafen.⁶¹

Völlig unzugänglich für externe Beobachter sind die inoffiziellen Haftlager, die oft als „Privatgefängnisse“ bezeichnet werden. Ob und falls ja, in welcher Beziehung die Betreiber zum libyschen Staat stehen, liegt völlig im Dunkeln. Vor allem ist hier noch unklarer, wie viele es überhaupt gibt.

⁵⁶ Im April 2021 waren in Zawiya 93 Menschen inhaftiert, im September 2021 nur noch fünf. Beide Zahlen stammen von OCHA. Es ist unklar, ob diese Zahlen gesichert sind und wenn ja, was mit den vormals Inhaftierten geschehen ist, ob sie freigelassen, in andere DCIM-Haftanstalten verbracht oder von der Nasr-Miliz an andere Orte gebracht wurden. Global Detention Project, (Al Nasr) Az-Zawiyah Detention Centre, 2022, <https://www.globaldetentionproject.org/countries/africa/libya/detention-centres/991/al-nasr-azzawiyah-detention-centre> (zuletzt abgerufen am 26. Januar 2022).

⁵⁷ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Die Milizen al-Nasr und Dabbashi in West-Libyen, Az. WD 2 - 3000 - 004/18, 12. Januar 2018, <https://www.bundestag.de/resource/blob/547168/9fc44001dcfcc2bd1c8714dcdd3ea1da/WD-2-004-18-pdf-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 26. Januar 2022).

⁵⁸ Voice of America, U.S. Designates Libyan National for Human Rights Abuses, 17. November 2021, <https://editors.voa.gov/a/u-s-designates-libyan-national-for-human-rights-abuses/6316887.html> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

⁵⁹ The White House, Executive Order -- Blocking Property And Suspending Entry Into The United States Of Persons Contributing To The Situation In Libya, 19. April 2016, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2016/04/19/executive-order-blocking-property-and-suspending-entry-united-states> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

⁶⁰ Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Osama Al Kuni Ibrahim, 2022, <https://www.un.org/securitycouncil/content/osama-al-kuni-ibrahim> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

⁶¹ Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Anm. 60).

4.2. Zahl der Inhaftierten

Wie schon erwähnt, kann keine verlässliche Angabe über die Zahl der Inhaftierten gemacht werden.

Im Jahre 2018 befanden sich nach Angaben der Bundesregierung etwa 40.000 Menschen in offiziellen, d.h. vom DCIM geführten *detention centers*, der bisherige Höhepunkt der Zahlen.⁶² Seither hat sich diese Zahl stark verringert.

Laut OCHA und IOM befanden sich im **Juli 2021** in Libyen ihnen gemeldete **3.860 Migranten in Hafteinrichtungen** (*detention centres*). Im **August 2021** waren es laut Aussage der IOM **schon rund 8.000 Menschen, die sich in Hafteinrichtungen** unter der Ägide des DCIM befanden.⁶³

Im **Oktober 2021** kam es zu einer Serie von Polizeiaktionen, mit denen laut offiziellen Verlautbarungen der Menschen- und Drogenhandel eingedämmt werden sollte.⁶⁴ Offiziell wurden allerdings keine Verhaftungen von Menschenhändlern oder Drogenschmugglern gemeldet. Dafür wurden nach übereinstimmenden Meldungen zahlreicher internationaler Beobachter **ca. 5.000 Migranten festgenommen** und ohne Gerichtsprozess in verschiedene Hafteinrichtungen gebracht, offenbar vor allem in das berüchtigte Gefängnis Mabani. Kurz darauf kam es in Mabani zu einer Revolte von Inhaftierten, von denen bis zu 150 entkommen konnten.⁶⁵

Da es **kein System zur Registrierung der Häftlinge** gibt, kann es auch keine verlässlichen Aussagen über die Identität der Häftlinge, die Dauer ihrer Haft und ihren Verbleib danach geben. Laut libyschen Angaben wurden z.B. im Jahre 2021 14.000 Menschen von der libyschen Küstenwache nach Libyen zurückgebracht. Theoretisch müssten sie alle in Administrativhaft gekommen sein. Dies kann aber nicht verifiziert werden. Umstände wie diese haben 2020 den Menschenrechtskommissar der Vereinten Nationen dazu veranlasst, die Inhaftierung von Migranten und Flüchtlingen zum wiederholten Male als willkürlich zu bezeichnen.⁶⁶

⁶² Deutscher Bundestag (Anm. 51).

⁶³ SZ (Anm. 40).

⁶⁴ Omer Karasapan (Anm. 34).

⁶⁵ UNICEF, UNICEF Libya Flash Update 2 : Migrant raids and detention, 13. Oktober 2021, <https://reliefweb.int/report/libya/unicef-libya-flash-update-2-migrant-raids-and-detention-13-october-2021> (zuletzt abgerufen am 28. Januar 2022).

⁶⁶ United Nations Human Rights - Office of the High Commissioner, 'Shocking' cycle of violence for migrants departing Libya to seek safety in Europe, 2. Oktober 2020, <https://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/Display-News.aspx?NewsID=26337> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

4.3. Haftbedingungen

Die Haftbedingungen entsprechen keinen menschenrechtlichen Mindestanforderungen.⁶⁷ Die *detention centres* verfügen nicht einmal ansatzweise über adäquate Sanitäreinrichtungen, auch die Versorgung mit Wasser und Nahrung, Frischluft, Licht, Decken und Hygieneartikeln ist extrem schlecht. Auch Kinder und Jugendliche werden in Haftanstalten gebracht und oft nicht räumlich von Erwachsenen getrennt.

Zwar hat sich die Zahl der Inhaftierten insgesamt in den letzten Jahren offiziell verringert, dennoch berichten diverse Beobachter (OCHA, Global Detention Project, Ärzte ohne Grenzen u.a.) seit Jahren konsistent von massiver Überbelegung der *detention centres*.⁶⁸

Die Überfüllung wurde im Laufe des Jahres 2021 immer schlimmer, da die Zahl der von der libyschen Küstenwache abgefangenen Boote sich deutlich erhöhte.⁶⁹ Nach libyschen Angaben wurden allein von Jahresbeginn bis 19. Juni 2021 ca. 14.000 Migranten auf See abgefangen und nach Libyen zurückgebracht. Dies geschah im Rahmen des Abkommens, das die Europäische Union mit Libyen abgeschlossen hat.

Zu den katastrophalen räumlichen und hygienischen Bedingungen kommen teils extreme **Misshandlungen und sexuelle Gewalt** durch die Gefängniswärter.⁷⁰ **In Mabani und Abu Salim ist die Gewalt gegenüber den Insassen im Jahre 2021 so stark angestiegen, dass sich die NGO Ärzte ohne Grenzen im Juni gezwungen sah, ihre medizinische Unterstützung dort zu beenden.**⁷¹

⁶⁷ Es gibt sehr viele Berichte von unterschiedlichen Organisationen und Institutionen über die Bedingungen in den *detention centres*. Hier sei nur verwiesen auf Global Detention Project, Libya: Country Profile, 2022, <https://www.globaldetentionproject.org/countries/africa/libya> sowie European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), International Federation for Human Rights (FIDH) und Lawyers für Justice in Libya (LJL), No Way Out: Migrants and Refugees in Libya face Crimes against Humanity, S. 32-33, „Conditions in detention“, https://www.ecchr.eu/fileadmin/Publikationen/NO_WAY_OUT_Migrants_and_refugees_trapped_in_Libya_face_crimes_against_humanity_EN.pdf (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022).

⁶⁸ Global Detention Project (Anm. 67).

⁶⁹ Médecins sans Frontières - Doctors without Borders, Libya: Recurring violence against migrants and refugees forces MSF to suspend activities in Tripoli detention centers, 22. Juni 2021, <https://www.doctorswithoutborders.org/what-we-do/news-stories/story/libya-recurring-violence-against-migrants-and-refugees-forces-msf> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

⁷⁰ ECCHR, FIDH und LJL (Anm. 67), S.33-36, ‚Rape‘.

⁷¹ Kaamil Ahmed, Violence towards refugees at Libyan detention centres forces MSF to pull out, The Guardian am 24. Juni 2021, <https://www.theguardian.com/global-development/2021/jun/24/violence-towards-refugees-at-libyan-detention-centres-forces-msf-to-pull-out> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022). Ärzte ohne Grenzen nahm seine Arbeit in den betreffenden Anstalten nach drei Monaten Unterbrechung wieder auf.

In beiden Lagern werden Männer, Frauen sowie Jugendliche und Kinder inhaftiert.⁷² Dabei galt zumindest Abu Salim noch im Oktober 2017 als vergleichsweise gut geführt, auch, weil ausländische Organisationen und die internationale Presse dort mehr oder weniger garantierten Zugang hatten.⁷³

Zwischenzeitlich schien die libysche Regierung auf die massive internationale Kritik an den Zuständen in den *detention centres* der DCIM zu reagieren. Amnesty International berichtete im Jahre 2021:

„Als Reaktion auf diese Kritik versprachen der amtierende Direktor der DCIM und sein Vorgänger, einige der berüchtigsten *detention centres* zu schließen, die Zahl der aktiven Zentren zu verringern, um Hilfsleistungen zu rationalisieren, und die Bedingungen in bestehenden Zentren zu verbessern, inklusive der Bereitstellung des Bedarfs der vulnerabelsten Gruppen. Im September 2020 berichtete der amtierende Direktor der DCIM, Mabrouk Abdelhafid, dem VN-Expertengremium für Libyen, dass die DCIM eine „Politik der Reorganisation“ verfolge und die Zentren in Tajoura, Misrata und Al-Khums geschlossen habe. Die Tatsache anerkennend, **dass es der DCIM schwerfalle, die volle Kontrolle über ihre eigenen Zentren auszuüben**, berichtete er, dass der Betrieb der DCIM-Zentren Souq al-Khamis und West-Zawiya (besser bekannt als „Abu Issa“) „vorläufig ausgesetzt“ worden sei, weil deren Leiter „der Korruption verdächtigt und untersucht“ würden, obwohl sich weiterhin Flüchtlinge und Migranten in ihnen befänden.“⁷⁴

Allerdings verbesserte sich die Lage der in den *detention centres* inhaftierten Menschen durch diese formellen Änderungen kaum. Amnesty International führt aus:

„Schließungen einzelner Zentren haben wenig bewirkt, um Straflosigkeit und Menschenrechtsverletzungen zu begrenzen, insbesondere nicht, weil sie durch keinerlei Anstrengungen, An-

⁷² Global Detention Project, Mabani Detention Centre, 2022, <https://www.globaldetentionproject.org/countries/af-rica/libya/detention-centres/2429/mabani-detention-centre> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022), Abu Salim Detention Centre, 2022, <https://www.globaldetentionproject.org/countries/af-rica/libya/detention-centres/1658/abu-salim-detention-centre-سليم-ابو> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022), Triq al Seka Detention Centre, 2022, <https://www.globaldetentionproject.org/countries/af-rica/libya/detention-centres/2036/triq-al-seka-detention-center> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

⁷³ Francesco Semprini und Jacob Svendsen, Libyan path into Europe turns to dead end for desperate migrants, The Guardian am 30. Oktober 2017, <https://www.theguardian.com/world/2017/oct/30/libyan-migrants-detention-centres-europe-unhcr> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2021).

⁷⁴ Im engl. Original: „In response to such criticism, the current DCIM director and his predecessor have vowed to close some of the most notorious detention centres, limit the number of functional centres to streamline assistance, and improve conditions in existing centres, including by providing for the needs of the most vulnerable groups. In September 2020, current DCIM Director Mabrouk Abdelhafid reported to the UN Panel of Experts on Libya that the DCIM was pursuing a “reorganizational policy” and had closed Tajoura, Misrata and Al-Khums centres. Acknowledging the DCIM’s struggle to exert full control over its own centres, he reported that the activities of Souq al-Khamis and Western Zawiya (more commonly called “Abu Issa”) DCIM centres were “provisionally suspended” because “managers are suspected of corruption and under investigation,” despite the fact that they continued to hold refugees and migrants.“ Amnesty International (Anm. 50). Übersetzung und Hervorhebung durch den Verfasser dieser Arbeit.

schuldigungen schwerer Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und die Täter zur Verantwortung zu ziehen, begleitet wurden. Vielmehr traten ähnliche Gewaltmuster, wie sie in den inzwischen geschlossenen Einrichtungen dokumentiert worden waren, in neueröffneten oder wiedereröffneten erneut auf, inklusive in Zentren, die früher außerhalb der DCIM-Infrastruktur lagen und seit Ende 2020 von der DCIM umbenannt worden waren. Misshandlungen werden somit legitimiert und perpetuiert.“⁷⁵

4.4. „Privatgefängnisse“

Es steht fest, dass es in Libyen eine Vielzahl von Orten gibt, an denen Migranten und Flüchtlinge inoffiziell festgehalten werden. Sie werden von kriminellen Organisationen betrieben und oft als „Privatgefängnisse“ bezeichnet.

Die Bundesregierung nannte im August 2020 mit Verweis auf Schätzungen internationaler Organisationen eine Zahl von ungefähr 5.000 Menschen, die in solchen Einrichtungen festgehalten werden.⁷⁶

Wie oben dargelegt, sind schon die Zustände in den offiziellen, von der DCIM betriebenen, Hafteinrichtungen desaströs. Es ist plausibel, dass sie in „Privatgefängnissen“ des organisierten Verbrechens nur schlimmer sein können.

Im Jahre 2018 sorgte ein aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes teilweise freigegebener **Drahtbericht des Auswärtigen Amtes** für Aufsehen.⁷⁷ Deutsche Diplomaten hatten bei einem Besuch von drei von der IOM betriebenen Zentren für rückkehrwillige Migranten aus Westafrika die dort versorgten Menschen befragt. Aufgrund von Augenzeugenberichten und Handybildern, die als glaubwürdig eingestuft wurden, kamen die Diplomaten zu dem Schluss, **dass in den Privatgefängnissen „KZ-ähnliche Zustände“ herrschten. Regelmäßige Hinrichtungen (explizit, um Platz für neue Insassen zu schaffen), Folter, Erpressung, massive Gewalt und Vergewaltigung von Insassen beiderlei Geschlechtes** seien an der Tagesordnung.

⁷⁵ Im engl. Original: „Closures of individual centres has done little to rein in impunity and human rights violations, particularly as they have not been accompanied by any efforts to investigate claims of serious human rights violations and hold perpetrators to account. Rather, similar patterns of abuse documented in closed DCIM centres have been reproduced in newly opened or re-opened ones, including sites formerly outside of the DCIM infrastructure that have been rebranded by the DCIM since late 2020, legitimatizing and perpetuating further abuse.“ Amnesty International (Anm. 46). Übersetzung durch den Verfasser dieser Arbeit.

⁷⁶ Deutscher Bundestag (Anm. 41).

⁷⁷ FragdenStaat, Exklusiv: Interner Diplomatenbericht zu „KZ-ähnlichen“ Verhältnissen in libyschen Flüchtlingslagern, 7. Mai 2018, <https://fragdenstaat.de/blog/2018/libyen-fluechtlingslager/> (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2022).

Der **Antwort der Bundesregierung** auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE von 2021 ist zu entnehmen, dass ihr Erkenntnisse zu Menschenrechtsverletzungen in Privatgefängnissen vorliegen.⁷⁸ Aus Gründen des Staatswohls konnte die Anfrage nicht offen beantwortet werden.

4.5. Verbrechensökonomie von Haftenrichtungen

Um die Haftenrichtungen hat sich eine **Ökonomie der systematischen Ausbeutung und Miss-handlung** von Migranten und Flüchtlingen gebildet. Diese begann schon während des Bürgerkrieges mit dem Anwachsen der Schleuserkriminalität: Sie trug schon im Jahre 2015 zu 3,4 Prozent des libyschen BIP bei.⁷⁹

Nach Durchsicht der verfügbaren Quellen ist es kaum sinnvoll, im Folgenden den Versuch zu unternehmen, hierbei eine klare Abgrenzung zwischen offiziellen Haftenrichtungen und „Privatgefängnissen“ vorzunehmen.

Dies tut beispielsweise auch die Unabhängige Fact Finding Mission der VN in ihrem Bericht an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen nicht. Vielmehr kommt sie zu dem Schluss, dass es

„...vernünftige Gründe für die Annahme gibt, dass Mord, Versklavung, Folter, Gefangennahme, Vergewaltigung, Verfolgung und andere unmenschliche, an Migranten verübte Taten Teil eines systematischen und breiten Angriffs auf diese Bevölkerungsgruppe [die Migranten] *im Rahmen einer staatlichen Politik* sind. Als solche könnten sie Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein.“⁸⁰

Zwar kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass *alle* offiziellen Haftenrichtungen der DCIM sich nicht wesentlich von Privatgefängnissen unterscheiden. Wie die Lektüre der vorangehenden Abschnitte gezeigt hat, sind die Grenzen zwischen beiden aber doch oft fließend. Aus Sicht der festgehaltenen Menschen scheint die Unterscheidung ohnehin kaum relevant.

Dasselbe gilt für die Perspektive der Menschen, die aus der Inhaftierung von Migranten und Flüchtlingen Profit schlagen.

⁷⁸ Deutscher Bundestag (Anm. 41, S.3, Vorbemerkung).

⁷⁹ Tim Eaton, *Libya's War Economy: Predation, Profiteering and State Weakness*, Chatham House, April 2018, S. 10, <https://www.chatham-house.org/sites/default/files/publications/research/2018-04-12-libyas-war-economy-eaton-final.pdf> (zuletzt abgerufen am 28. Januar 2022).

⁸⁰ Im engl. Original „...reasonable grounds to believe that acts of murder, enslavement, torture, imprisonment, rape, persecution and other inhumane acts committed against migrants form part of a systematic and wide-spread attack directed at this population, in furtherance of a State policy. As such, these acts may amount to crimes against humanity.“ Human Rights Council, Report of the Independent Fact-Finding Mission on Libya, A/HRC/48/83, S. 16-17, 13. September 2021, <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/A-HRC-48-83-AUV-EN.pdf> (zuletzt abgerufen am 28. Januar 2022). Übersetzung und Hervorhebung durch den Verfasser dieser Arbeit.

Nach Aussagen des Libyenexperten Jonathan Tossell vom niederländischen Think Tank Clingendael sei es inzwischen lukrativer, Migranten und Flüchtlinge nicht nach Europa zu schleusen, sondern sie in Libyen festzuhalten und auf verbrecherische Weise Geld mit ihnen zu machen:

„Schleuser - und Menschenhandelsrouten sind klandestiner geworden und überschneiden sich manchmal mit denen von Drogen- und Waffenschmugglern, was die Migranten in noch größere Gefahr bringt. „Es bedeutet oft, dass die Migranten mit mehreren Schleusern zu tun haben, was sie in die Hände gefährlicherer Akteure und Schleuserbanden bringt.“⁸¹

Er führt weiter aus, dass dadurch, **dass die EU der libyschen Küstenwache dabei hilft, Migranten zurück nach Libyen zu zwingen und illegale Abfahrten zu erschweren, Schleuser und Menschenhändler größere finanzielle Anreize haben, Migranten vom Aufbruch nach Europa abzuhalten und festzuhalten**, um sie noch mehr auszubeuten: „Das Geschäftsmodell hat sich verändert, es ist nun profitabler, einen Migranten festzuhalten, als ihn zu einem Abfahrtsort zu bringen.“⁸² Die Ausbeutung festgehaltener Migranten sei ein immer bedeutenderer Einkommenszweig.

Schon während des Bürgerkrieges zwangen bewaffnete Gruppen Migranten, unentgeltlich Arbeit zu leisten (s.o. das Beispiel der Nasr-Miliz in Zawiya). **Zwangsarbeit bzw. Versklavung** ist nach übereinstimmenden Berichten von Beobachtern (ECCHR, Amnesty u.a.) unter Berufung auf Berichte Betroffener sehr gängig. Auch die oben erwähnte Antwort der Bundesregierung legt nahe, dass ihr neben Erkenntnissen zu Gewalttaten an Migranten auch solche zu Sklaverei und Zwangsarbeit vorliegen.

Außerdem werden **Menschen bzw. ihre Familien erpresst**. Betroffene berichten, dass sie erst nach Bezahlung hoher Geldsummen durch ihre Familien wieder freikamen.⁸³ **Andere werden gefoltert, bis gezahlt wird**. Wird nicht bezahlt, werden die Menschen **ermordet** oder müssen den verlangten Betrag zwangsweise „erarbeiten“, was auch durch **Zwangsprostitution** geschehen kann. **Vergewaltigung** ist in vielen Haftlagern ein gängiges Mittel zur „Bestrafung“ sowohl von männlichen als auch weiblichen Gefangenen. Aus vielen Berichten ist ersichtlich, dass extreme

⁸¹ Im engl. Original: „Smuggling and trafficking routes have become more clandestine, sometimes overlapping with those of drug traffickers and arms dealers, in turn creating greater dangers for migrants. „This often means prospective migrants are dealing with multiple smugglers, which leaves them in the hands of more dangerous entities and trafficking groups.“ Alessandra Bajec, Cashing in on misery: Despite Covid-19, North Africa’s human traffickers are thriving, The New Arab am 15. Februar 2021, <https://english.alaraby.co.uk/features/how-human-traffickers-are-exploiting-covid-19-north-africa> (zuletzt abgerufen am 28. Januar 2022). Übersetzung durch den Verfasser dieser Arbeit.

⁸² Im engl. Original: „With the EU aiding the Libyan coastguard in forcing back migrants and making illegal departures harder, smugglers and traffickers have more financial incentives in preventing the disembarkation of migrants and returning them for detention and further exploitation. “The business model has now changed, it’s more profitable to detain a migrant rather than transport him to a disembarkation point““ Alessandra Bajec (Anm. 79). Übersetzung durch den Verfasser dieser Arbeit.

⁸³ Alle Informationen dieses Absatzes aus: ECCHR, FIDH und LjL (Anm.67), S. 33 -38.

Gewalt oft auch keinem anderen Zweck als der Befriedigung von Sadismus oder der Machtdemonstration zu dienen scheint.

Dabei sind viele der Banden, die auf diese Weise Profite machen, auch direkt ins Schleusergeschäft verwickelt. Sie kassieren also schon Gelder, bevor oder gleich nachdem Migranten Libyen betreten haben. Auch der libyschen Küstenwache wird (u.a. von der Fact Finding Mission der VN, s.u.) vorgeworfen, in die kriminellen Geschäfte mit den Migranten verwickelt zu sein.

Durch diese Umstände (Straflosigkeit, mangelnde Registrierung, Korruption) und Strukturen (enge Verflochtenheit von Behörden, Milizen und organisierter Kriminalität) können Migranten in einen Teufelskreis geraten, eine **verbrecherische Kreislaufwirtschaft**, in der diverse Akteure **aus systematischen Verbrechen an den Migranten Profit schlagen**.

Die Fact Finding Mission der Vereinten Nationen beschreibt diese so:⁸⁴

„...die Reise eines Migranten nach Europa beginnt normalerweise damit, dass der Migrant einem Schleuser Geld bezahlt und dann ein Boot besteigt. Später führt die Libysche Küstenwache eine Abfangaktion durch, die oft gewalttätig oder fahrlässig ist, was manchmal in Todesfällen resultiert. Es gibt Berichte, dass die Küstenwache an Bord den Besitz der Migranten konfisziert. Nach der Ausschiffung werden Migranten entweder in ein *detention centre* gebracht oder verschwinden, wobei es Berichte gibt, dass Menschen an Menschenhändler verkauft werden. Gespräche mit Migranten, die in *detention centres* der DCIM festgehalten worden waren, ergeben, dass alle Migranten - Männer und Frauen, Jungen und Mädchen - unter schlimmen Bedingungen festgehalten werden; einige von ihnen sterben. Manche Kinder werden zusammen mit Erwachsenen gefangen gehalten, was sie in hohe Missbrauchsgefahr bringt. Folter (etwa durch Elektroschocks) und sexuelle Gewalt (eingeschlossen Vergewaltigung und Zwangsprostitution) sind an der Tagesordnung. Obwohl die Haft von Migranten aufgrund nationaler libyscher Gesetze geschieht, werden Migranten auf unbestimmte Zeit festgehalten, ohne die Möglichkeit zu bekommen, die Rechtmäßigkeit ihrer Haft überprüfen zu lassen, und das einzig praktikable Mittel, der Haft zu entkommen, ist, den Wärtern hohe Geldsummen zu zahlen oder innerhalb oder außerhalb des *detention centre* Zwangsarbeit oder sexuelle Dienste für Privatpersonen zu leisten. Mehrere Befragte schilderten,

⁸⁴ Im engl. Original: „...a migrant’s journey to Europe would normally start with the migrant paying money to a smuggler and subsequently boarding on a boat. The LCG [Libyan Coast Guard] would later proceed with an interception that is violent or reckless, resulting at times in deaths. On board, there are reports that LCGs confiscate belongings from migrants. Once disembarked, migrants are either transferred to detention centres or go missing, with reports that people are sold to traffickers. Interviews with migrants formerly held in DCIM detention centres established that all migrants—men and women, boys and girls—are kept in harsh conditions, some of whom die. Some children are held with adults, placing them at high risk of abuse. Torture (such as electric shocks) and sexual violence (including rape and forced prostitution) are prevalent. Although the detention of migrants is founded in Libyan domestic law, migrants are detained for indefinite periods without an opportunity to have the legality of their detention reviewed, and the only practicable means of escape is by paying large sums of money to the guards or engaging in forced labour or sexual favours inside or outside the detention centre for the benefit of private individuals. Several interviewees described that they endured the same cycle of violence, in some cases up to 10 times, of paying guards to secure release, sea crossing attempt, an interception and subsequent return to detention in harsh and violent conditions, all while under the absolute control of the authorities, militias and/or criminal networks. There is also evidence that most of detained migrants are Sub-Saharan Africans and that they are treated in a harsher manner than other nationalities, thereby suggesting discriminatory treatment.” Human Rights Council (Anm. 76), S.16. Übersetzung durch den Verfasser dieser Arbeit.

dass sie - in manchen Fällen bis zu zehn Mal - den gleichen Gewaltzyklus aus Geldzahlung an Wärter zwecks Haftentlassung, Versuch der Meeresüberquerung, Abfang und darauffolgende Rückkehr in die Haft unter harten Bedingungen erlebt haben, alles unter absoluter Kontrolle durch die Behörden, Milizen und/oder kriminelle Netzwerke.⁸⁵ Es gibt Beweise, dass die meisten Inhaftierten Afrikaner aus Sub-Sahara-Staaten sind und dass sie unter schlechteren Bedingungen festgehalten werden als Menschen anderer Nationalitäten, was diskriminierende Behandlung impliziert.“

* * *

⁸⁵ Man beachte die Gleichsetzung von Staat, Milizen und organisiertem Verbrechen durch die VN-Mission.